REGIEREN MIT DER PDS?

Mut zum Experiment: Die Wahl in Sachsen-Anhalt bringt die Koalitionslogik der Bonner Parteien durcheinander. Eine linke Mehrheit jenseits der Union erscheint nun auch bei der Bundestagswahl möglich. Der Kanzler beginnt sich einzuschießen auf den „Modellfall für Bonn" – eine rot-grüne Regierung, geduldet von der PDS.

PDS-Taktiker Gysi (beim Europa-Wahlkampf in Duisburg): An der Macht aus dem Osten kommen die Bonner nicht vorbei

Ein Rechenbeispiel beschäftigt die Bonner Parteispitzen: Union 41 Prozent, SPD 36 Prozent, Grüne 9 Prozent, PDS 5 Prozent, FDP darunter.

So könnte, wenn sich die Umfragetrends zu Lasten der FDP fortsetzen, das Bundestagswahlergebnis am 16. Oktober aussehen. Was dann?

Helmut Kohl könnte, weil der Koalitionspartner FDP nicht mehr ins Parlament kommt, nicht weiterregieren. Die Wende mit einem Kanzler Rudolf Scharping wäre möglich – aber nur mit Hilfe der PDS.

Darf man so rechnen? Seit am vorletzten Sonntag in Sachsen-Anhalt das FDP-Debakel die Sozialdemokratie zu Debatten über ein linkes Bündnis gegen die Union ermutigt hat, ist zumindest ein Tabu gebrochen.

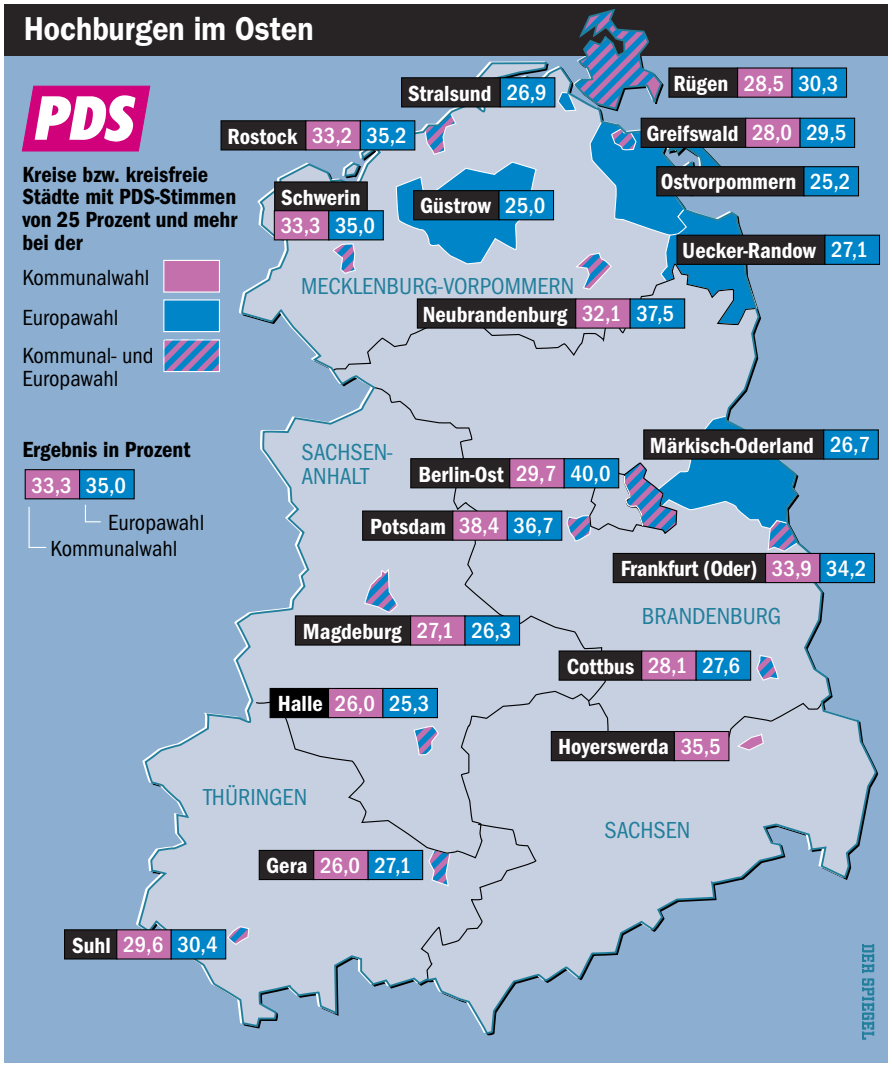
Die Partei Gregor Gysis, eben noch geächtet als Erbschleicher der SED-Diktatur, ist zum Machtfaktor in Deutschland geworden.

Regieren mit der PDS?

Während unten, im Plenarsaal des Berliner Reichstags, nur ein paar gelangweilte Experten der zähen Verfassungsdebatte folgen, zwängen sich am Donnerstag vergangener Woche immer neue Journalistenteams mit Kameras und Mikrofonen in Gregor Gysis Dachkabuff im vierten Stock. Der Mann ist wieder gefragt. Sein Wort hat Gewicht. Nach dem unheimlichen Aufstieg seiner Partei im Osten der Republik ist der heimliche PDS-Vorsitzende Gysi in die alte Rolle des Medienstars zurückgekehrt.

Vier Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist eingetreten, was die westdeutschen Politiker in Bonn, im Überlegenheitsgefühl des Siegers, für unmöglich gehalten haben: Die Nachfolger der SED machen im Bundesdeutschland Politik.

In Städten des deutschen Ostens ist die Gysi-Partei bereits wieder so stark,



daß sie Bürgermeister stellt. Bei den vier Landtagswahlen der nächsten Monate in den neuen Ländern dürfte die PDS eine ähnliche Sperrminorität erreichen wie zuletzt in Sachsen-Anhalt, wo sie auf 19,9 Prozent kam und damit nach CDU (34,4 Prozent) und SPD (34 Prozent) drittstärkste Macht wurde.

Die PDS – künftig in der Schlüsselrolle bei jeder Regierungsbildung?

Sei es aus Respekt vor der demokratischen Entscheidung der Ost-Bürger oder nur aus Machtkalkül: An der neuen Partei aus dem Osten kommen die Bonner nicht mehr vorbei. Gregor Gysi hat die Koalitionslogik der Volksparteien durcheinandergebracht.

Der erste, der es offen aussprach, war vorige Woche Gerhard Schröder.

Die SPD müsse nach der Wahl in Sachsen-Anhalt die PDS „zwingen, Verantwortung zu übernehmen, damit sie auch vor den Wählern zu stellen ist“, verlangte der niedersächsische Ministerpräsident im Präsidium seiner Partei.

Im Klartext: Die Magdeburger Sozialdemokraten sollten mit Honeckers linken Erben koalieren und gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen (5,1 Prozent) die abgewählte CDU/FDP-Regierung ablösen.

„Leute, ihr dürft die PDS nicht in eine Oppositionsrolle bringen, aus der heraus sie uns treiben kann“, mahnte der Machtmensch aus Hannover die Genossen.

Rivalen Scharping, Schröder
„PDS nicht ausgrenzen“

Vielleicht ließe sich die ungeliebte Partei auf frischer Tat blamieren. Man könne ja, empfahl der gerissene Schröder, der PDS das Sozial- oder Wohnungsbauressort anvertrauen.

Die Sozialdemokraten müßten Wählern und Mitläufern der Ostpartei „ein Integrationsangebot“ unterbreiten. Geboten sei Offensive: „Die Volksfrontdiskussion kriegen wir so oder so. Dann macht doch Nägel mit Köpfen und bindet die Leute ein.“

Schröder blieb allein. Doch sein kühner Vorstoß wie auch der anschließende Beschluß der SPD-Oberen, in Magdeburg eine rot-grüne Minderheitsregierung zu wagen, zeigen: Der Wahlsonntag im kleinen, armen Sachsen-Anhalt hat ungeahnte Bewegung in die politische Szenerie Deutschlands gebracht.

Der Niedergang der FDP und der Aufstieg der PDS haben Willy Brandts Vision von 1982, es könne eine Mehrheit „diesseits der Union“ geben, real werden lassen – wenigstens rechnerisch und ganz anders, als Brandt es sich damals dachte.

Gerade hatte es noch so ausgesehen, als steuere Helmut Kohl nach der geglückten Präsidentenkür und der halbwegs erfolgreichen Europawahl seinem vierten Kanzlerwahlsieg entgegen – beflügelt durch wirtschaftliche Aufwinde, allenfalls gebremst durch den Einbruch des liberalen Koalitionspartners.

Viele Sozialdemokraten hatten schon resigniert. Wenn überhaupt an die Macht, dann nur in einer Großen Koalition, haderten sie – voreilig.

Volksfront – das ist auch für die SPD ein Teufelswort

Nun, so bleute SPD-Vize Oskar Lafontaine Montag früh seinem Parteifreund Reinhard Höppner ein, sei es Zeit für einen „Neubeginn“. „Wir setzen jetzt dem ewigen Trend, daß Kohl und die CDU nicht wegzukriegen seien, einen ganz bewußten Stopp entgegen“ – den Machtanspruch einer rot-grünen Minderheitsregierung.

Der Präsidiumsrunde war jedoch bewußt: Was der Niedersachse Schröder zusätzlich als Konter verlangte, nämlich das gesamte linke Lager aus SPD, PDS und Grünen zu einer knappen Zweidrittel-Phalanx gegen die Konservativen zu bündeln, würde die Sozialdemokraten der schwersten Zerreißprobe der Nachkriegszeit aussetzen. Volksfront – das ist auch für die SPD ein Teufelswort.

„Es wird mit der PDS keine Gespräche, keine Vereinbarungen, keine Ver-

Vom „Mitgestalten“

RUDOLF AUGSTEIN

Ein begnadeter Intellektueller und auch Rhetoriker, natürlich auch ein Opportunist und ein Schlawiner. Aber immer mit sehr viel Charme, niemals grob.

GREGOR GYSI ÜBER SEINEN VATER, VON 1979 BIS 1988 KIRCHENSTAATSSEKRETÄR DER DDR

Ja, das hat gesessen, es wird nun nicht mehr möglich sein, die PDS als Nachfolgepartei der SED abzuqualifizieren. Aber ist sie das denn nicht? Natürlich ist sie das. Nur liegt der Ton auf Nachfolge. Die Partei rackert, um sich ein neues Image zu verpassen, sich zu wenden.

Das macht sie wahrlich geschickter als die vom Abstieg bedrohte FDP, deren Vorsitzender nach jeder Niederlage beteuert, die Partei müsse ihre Politik noch schärfer gegen die Union zuspitzen. Die PDS hingegen bekommt bereits Nachwuchs von neuen, von jungen Leuten.

Ihr Wahlkampf ist witzig, was man von dem der anderen Parteien nicht sagen kann. Nicht ausgeschlossen ist, daß sie es knapp packt bei der Bundestagswahl im Oktober, wohingegen bei der FDP nicht auszuschließen ist, daß sie zum erstenmal durch den Rost fällt.

Na, Bundestagswahlen sind immer noch etwas anderes als Landtagswahlen. Kohl tut der Partei, auf die er doch angewiesen sein wird, wahrscheinlich keinen Gefallen, wenn er auf die gegen ihn mit immer spitzeren Bleistiften anrennende FDP Wetten abschließt, daß sie es packe. Genscher sorgt sich, aber von seinem Möllemann möchte er trotzdem nicht lassen. Die „Besserverdienenden“ werden ihm das kaum zu danken wissen.

Also, was tun, um die Partei von Gysi und Bisky draußen zu halten? Sie noch ärger beschimpfen? Das nützt ihr nur. Aber wer den Wahlabend in Magdeburg miterlebt hat, der konnte nicht auf die Idee kommen, daß etwas anderes herausbrutzeln würde als eine Koalition der beiden Großen.

Die Bonner Baracke scheint eingegriffen zu haben. Rudolf Scharping tat etwas, was man später entweder Tollkühnheit oder Mut nennen wird. Es kann kein Zweifel sein, daß er eine Offerte an die Adresse des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky hat abgeben lassen, die dieser staatsmännisch zurückhaltend entgegennahm. An der PDS sollte es doch nicht liegen, nein so was!

Gegen Leute, die lustig erklären, sie wüßten ja, daß sie sich noch unter Quarantäne befinden, läßt sich wenig ausrichten. Gregor Gysi allein könnte der PDS in den alten Ländern ein Prozent einfahren, intellektuell und pfiffig, wie er ist, noch dazu ein Fliegenfänger für Frauen. Ein Prozent, das könnten von unseren linken Politikern im Westen nur ganz wenige. Die darüber hinaus notwendigen vier Prozent müssen in den neuen Ländern eingefangen werden. Da haben wir uns wohl vor lauter Polemik nicht richtig umgesehen, Blickrichtung immer, wie bei richtigen Schnarchsäkken, auf Honecker und Mielke.

Nicht bemerkt haben wir, daß die PDS doch im Osten solide Basisarbeit geleistet hat. Das wäre nicht möglich gewesen, wären die beiderseitigen Berührungsängste nicht wie von selbst außer Kontrolle geraten. Die PDS, die man zu Recht (noch) nicht demokratisch nennen kann, hätte dann aber auch nicht zu kommunaler Arbeit herangezogen werden dürfen. Nun kann man sie nicht mehr von vornherein in den Bundesländern von der Regierungsarbeit ausschließen. Sie wird vielleicht nicht in der nächsten Bundesregierung sitzen, aber vielleicht doch schon in der übernächsten.

Nie war die SPD in einer schlimmeren Bedrängnis. Läßt sie sich in Sachsen-Anhalt von der PDS „konstruktiv“ tolerieren, so geht sie ein hohes Risiko für die Bundestagswahl ein. Man wird ihr ohne Rücksicht auch auf demokratische Verluste die Alt-SED um die Ohren schlagen. Die gesamte Koalition wird das tun.

Ob das noch funktioniert? Die *International Herald Tribune* macht eine „New Credibility“ bei der PDS aus. Und für ein Zurückhufen ist es jetzt zu spät. Da folgt man besser Niedersachsens Gerhard Schröder: „Hier müssen wir durch.“

Was das bei Politikern so beliebte Wort „gestalten“ angeht, so kann man nur sagen: Längst gestaltet die PDS mit.

handlungen, gar nichts geben. Punkt, Schluß“ – so wies Rudolf Scharping denn auch seinen Widersacher Gerhard Schröder zurück. Doch das „Gespenst der Volksfront“ (Scharping) aus Sozialdemokraten und Kommunisten ist nicht mehr zu bannen.

Die PDS schmeißt sich überall ran, wo sie die Chance vermutet, sich als Mehrheitsbeschaffer wichtig zu machen.

Als in Berlin vorletzte Woche die SPD drohte, den rechtslastigen CDU-Senator Dieter Heckelmann zu stürzen und damit die Große Koalition zu sprengen, erklärte die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, logo, sie werde den Antrag unterstützen. Die SPD zuckte vor der „Hilfe der Kommunisten“ zurück, wie CDU-Fraktionschef Klaus-Rüdiger Landowsky theatralisch beklagte. Hekkelmann bleibt (SPIEGEL 26/1994).

Ähnliches könnte auch in Magdeburg passieren: Wenn sich der SPD-Kandidat Höppner als Ministerpräsident einer rot-grünen Minderheitskoalition zur Wahl stellt, würden die PDS-Genossen ebenfalls den Arm heben. So bekommt der Sozialdemokrat schon im ersten Wahlgang seine absolute Mehrheit – und den Ruf weg, ein Kommunistenknecht zu sein.

Wolfgang Schäuble hat auf diese Polarisierung nur gewartet

Das Dilemma der Sozialdemokraten ist der anhaltende Erfolg der PDS unter den Ostdeutschen (siehe Seite 28). Nach der Niederlage gegen den Einheitskanzler im Jahr 1990 sieht sich die SPD in ihrer Hoffnung enttäuscht, die ostdeutschen Verlierer der Vereinigung sammeln und die PDS mit Nichtbeachtung und dem Aufkleber „SED-Nachfolgerin“ kurzhalten zu können.

Zwar verzeichnen die Sozialdemokraten inzwischen ordentliche Stimmengewinne, aber mit 25 000 Mitgliedern mangelt es ihnen an der notwendigen Gefolgschaft. Und auch die Bündnis-Grünen erreichen im Osten nicht annähernd ihre westlichen Wahlergebnisse.

Da ist es für die Opposition nur ein geringer Trost, daß die FDP, die sich wie die Union ungeniert die Blockflöten der SED einverleibt hatte, östlich der Elbe inzwischen zur wahren Splitterpartei abgesunken ist und auch die Union auf Normalmaß herunterkommt. Denn solange die PDS reüssiert, scheint den Rot-Grünen der Weg zur Wende in den neuen Ländern verbaut.

Es sei denn, sie suchen den Pakt mit den real existierenden Post-Sozialisten. Doch das linke Liebäugeln im Osten bringt schon jetzt die bürgerlichen Kommentatoren in Westdeutschland zum Schäumen.

Einen „Amoklauf“ der SPD an die Macht befürchtet die *Süddeutsche Zeitung* nun auch für Bonn. Ebenso die *FAZ*: „Verlogen“ sei das Werben Scharpings und „schamlos“ die Wahl der Mittel, in Wahrheit wollten die Sozialdemokraten die PDS als „stille Teilhaberin an der Macht“.

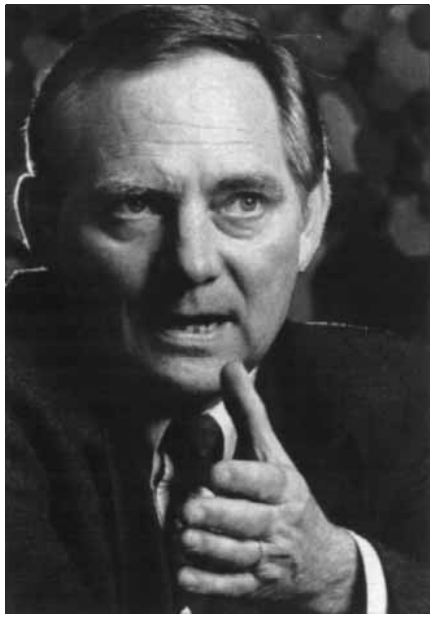
So ist es recht. Helmut Kohl hielt Scharping sofort an dessen Vorwahlspruch fest, wer glaube, daß sich etwas mit der PDS verbessern lasse, der sei „auf dem Holzweg, das wird nicht geschehen“. Scharping hätte, wenn das Geplänkel mit der PDS vorher bekannt gewesen wäre, ein schlechteres Ergebnis bekommen, glaubt der Kanzler.

Nun will Kohl es dem Gegner besorgen: Eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Duldung durch die PDS sei offenbar „der Modellfall für Bonn“, rügte der CDU-Chef im ZDF.

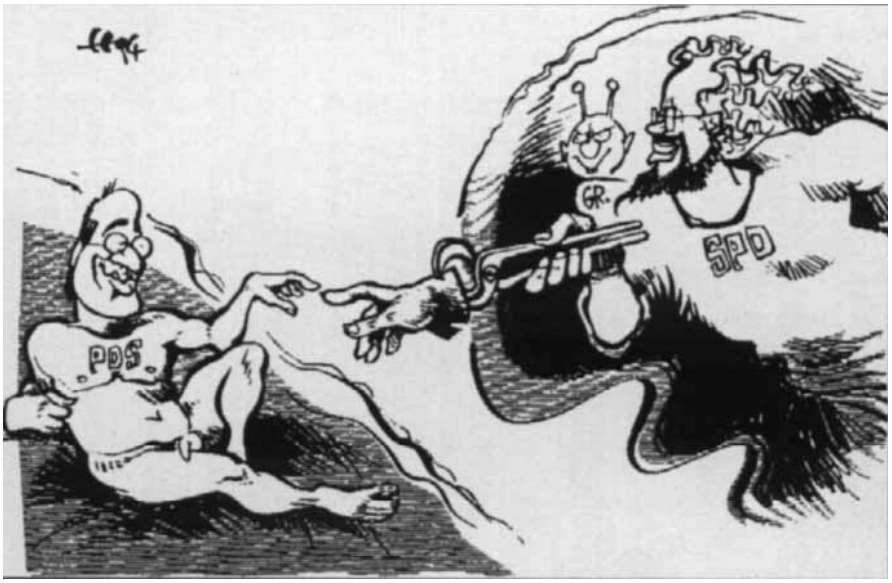
Vor allem Wolfgang Schäuble, der Fraktionschef der Union, hat auf diese Polarisierung nur gewartet. In der vorigen Woche nannte er jegliches Zusammenspiel von SPD und PDS einen „unglaublichen Skandal in der deutschen Politik“ – so, als hätte die Union in ostdeutschen Kommunen und Landkreisen noch nie die Hilfe der früheren Einheitssozialisten in Anspruch genommen.

SPD-Vize Oskar Lafontaine konterte am Mittwoch abend auf einem SPD-Parteitag in Saarbrücken. Von wegen „Volksfront“: Helmut Kohl sei der „Enkel Honeckers“, schließlich habe die CDU die christlichen Blockflöten der verflossenen DDR vereinnahmt.

Er habe es „einfach satt“, schimpfte SPD-Oberossi Wolfgang Thierse, sich von der mit Ost-CDU und Bauernpartei fusionierten Union über „unser Verhältnis zur PDS“ belehren zu lassen: „Das ist



Unions-Wahlkämpfer Schäuble
„Unglaublicher Skandal“



Bislang unbekannter Michelangelo in Magdeburg entdeckt tz, München

heuchlerisch.“ Auch deshalb sei es höchste Zeit, mit Rot-Grün in Magdeburg zu zeigen, daß es „eine Möglichkeit gibt, jenseits der CDU zu regieren“.

Dreieinhalb Monate vor der Bundestagswahl rückt so ein emotionsgeladenes Thema in den Mittelpunkt, das für den heißen Wahlkampf kaum Gutes verspricht: Wie geht man um mit der dunklen Vergangenheit Ostdeutschlands?

Sind die Mitglieder und Wähler der zur PDS mutierten einstigen Staatspartei SED verfassungsfeindliche Kommunisten, mit denen es keine Berührung geben darf? Haben sich demgegenüber die beflissenen Helfer der SED in den DDR-Blockparteien binnen vier Jahren schon deshalb in brave Demokraten verwandelt, weil sie von den Westparteien CDU und FDP geschluckt wurden?

Einig sind sich die Spitzengenossen, daß eine falsche Entscheidung in Magdeburg die Chancen auf Machtgewinn in Bonn vollends auf Null bringen kann. Einig ist sich die Führung auch, die PDS so schnell wie möglich überflüssig zu machen. Doch über den rechten Weg dahin wird gestritten.

Frisch ist bei vielen Sozialdemokraten noch die Erinnerung an die konservative Hetzparole „Freiheit statt Sozialismus“.

Deshalb überraschte viele Sozialdemokraten, daß auch Parteichef Scharping das rot-grüne Abenteuer an der Elbe mitmacht. Seine treuen Anhänger aus dem Traditionsklub der „Seeheimer“ empörte der Schwenk des Vorsitzenden. Der Kandidat könnte mit seinem riskanten Angebot die bürgerliche Mitte verschrecken, die er bislang so hartnäckig umworben hat.

Gewiß, der Griff nach der Macht in Magdeburg steht in Einklang mit Scharpings stereotyper Absage an eine Große Koalition in Bonn. Aber was ist mit seiner Weisung, vor der Bundestagswahl alle rot-grünen Spekulationen zu unterlassen?

Hat nicht das angepeilte Minderheitsbündnis mit den Alternativen jene „Signalfunktion“ (Grünen-Vorstandssprecher Ludger Volmer), die Scharping bisher zu vermeiden suchte?

Unmittelbar nach der Wahl legte SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen in Gesprächen mit seiner Grünen-Kollegin Heide Rühle, vor allem aber mit Oberöko Joschka Fischer den Grundstein für das Magdeburger Modell. Der freute sich: „Jetzt kommt Schwung in die Sache, jetzt können die Handschuhe ausgezogen werden.“

Die Freude teilen Fischers Parteifreunde aus dem Osten nicht so ganz. Die aus der Bürgerrechtsbewegung kommenden Politiker vom Bündnis 90, voran Marianne Birthler und der Bonner Fraktionsmanager Werner Schulz, können sich nur schwer vorstellen, daß sich eine „Reformkoalition“ vom Wohlwollen der SED-Nachfolgepartei abhängig machen könnte. Das Magdeburger Duldungsbündnis würde einen „deutlichen Mobilisierungseffekt“ bewirken, so Schulz, aber „nicht für, sondern gegen Rot-Grün“.

Eine vorsichtige Anfrage des Genossen Verheugen, ob sich die Alternativen vielleicht auch für einen Dreierbund mit SPD und Union erwärmen könnten, stieß auf spontane Ablehnung. Schwarz-Rot-Grün werde es, so Fischer,„nicht geben, solange ich bei den Grünen was zu sagen habe“.

Scharping gab eine Losung aus, die seine bislang zur Schau getragene Aversion gegen Rot-Grün beinahe schon vergessen läßt, zugleich aber noch eine Tür für eine Koalition mit denen in Magdeburg offenhält: „Unter den Demokraten haben SPD und Grüne eine Mehrheit. Die CDU kann nur eine Mehrheit be-

PDS-Herold Gysi, Genossen*: Hüter des Ost-Erbes

Demonstranten Gysi, Modrow*: Andere

kommen, wenn ihr die SPD dabei hilft. Bevor die SPD das tut, soll sie herausfinden, ob sie selbst eine Mehrheit findet" – ohne CDU und ohne PDS.

Für alle Fälle, sollte SPD und Grüne doch noch der Mut verlassen, hatte Vize Thierse im Präsidium bereits eine Auffangposition empfohlen, die „israelische Lösung". Nach dem Vorbild des Sozialdemokraten Schimon Peres und des Likud-Politikers Jizchak Schamir in den Jahren 1984 bis 1988 sollten sich in Magdeburg der Konservative Christoph Bergner und der Sozialdemokrat Reinhard Höppner das Regierungsamt für je zwei Jahre teilen.

Doch der mächtige Lafontaine ist für halbe Sachen nicht zu haben. „Das Thema Große Koalition hat sich durch die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler erledigt", erklärt er bündig. Auch durch die der PDS: „Wir dürfen sie nicht ausgrenzen."

In der Parteizentrale der PDS im Berliner Karl-Liebknecht-Haus können die Strategen die Entwicklung gelassen abwarten. Wenn nicht in Magdeburg, dann klappt es vielleicht bei der nächsten Landtagswahl oder der übernächsten.

PDS-Vorstandsmitglied André Brie sieht für seine das Außenseiterdasein gewohnten Parteifreunde ein ganz neues „Problem": „das der Macht".

Von seiner Partei würden bald „landes- und bundespolitisch neue Kompetenzen" erwartet, denen die Nischen-Partei bislang nicht gewachsen sei.

Der einstige SED-Musterschüler verspricht: „Das wird sich in kürzester Zeit ändern."

* Bei einer Kranzniederlegung am Karl-Marx-Denkmal in Berlin (l.); bei einer Veranstaltung gegen den Abtreibungs-Paragraphen 218 im Juni 1992 in Bonn.

Das Gespenst der DDR

Warum die PDS in Ostdeutschland immer mehr Anhänger findet

Der Sozialismus lebt, und sorgsam hütet er sein Erbe. In Berlin feierte er kürzlich einen Triumph von symbolischer Bedeutung.

In der historischen Mitte der neuen alten Hauptstadt sollten ein paar Straßen ihren DDR-Namen verlieren und neu benannt werden. So führt etwa die Clara-Zetkin-Straße zum Reichstag. Die deutsche Kommunistin (1857 bis 1933) gehörte nicht immer zu den Vorkämpferinnen der Demokratie.

Der CDU-Senator Herwig Haase setzte ordentlich eine Namensänderungskommission ein und bat die Stadtbezirke demokratisch um ihre Stellungnahme. Doch der Versuch, dem künftigen Dauersitz des Bundestages zu einer historisch weniger anstößigen Adresse zu verhelfen, scheiterte.

Entscheidenden Anteil an der Obstruktion hatte die PDS. Sie führt in Berlin einen zähen Beharrungskampf um die ungetrübte Erhaltung des Ost-Erbes. „Das ehemalige Ost-Berlin soll mental Hauptstadt der DDR bleiben und nicht Teil der Bundeshauptstadt der Bundesrepublik Deutschland werden", argwöhnt der Historiker Heinrich August Winkler, der nach der Wende aus Freiburg an die Humboldt-Universität wechselte und die Namenskommission folgenlos beriet.

Daß die PDS im östlichen Teil Berlins Vetomacht besitzt, ist nicht weiter erstaunlich. Dort ballt sich die Funktionsintelligenz, die zu DDR-Zeiten herausgehobene Posten in Staat und Partei, in Massenorganisationen, an Hochschulen oder im Dienste der Staatssicherheit einnahm und durch die Vereinigung um ihre Privilegien kam. Die SED-Nachfolgepartei ist ihre natürliche Interessenvertretung. In sechs der elf Ost-Berliner Bezirke stellt sie die stärkste Fraktion.

In der Chemie-Provinz Sachsen-Anhalt organisierte die PDS ihren bemerkenswerten Wahl-Triumph ebenfalls in geschlossener Formation. Sie konnte dabei auf knapp 20 000 Mitglieder zählen. Vor allem die älteren Genossen im Ruhestand hätten wertvolle Arbeit geleistet, rühmt die jugendlich wirkende Fraktionsvorsitzende Petra Sitte, 33. Die Veteranen, die der untergegangenen sozialistischen Teilrepublik nachtrauern und den verblichenen Erich Honecker einen guten Mann sein lassen, sind das Rückgrat der Partei landauf, landab.

Schon Anfang des Jahres recherchierten Basisgruppen der PDS die „Kommunikations- und Kreuzungspunkte" in ihren Stadtteilen, vereinbarten Einsatzpläne, kontrollierten die Plakatwände, die ja von Vandalen hätten verwüstet werden können. Die Nachfolgepartei der SED war mit ihren Ständen und Veranstaltungen überall präsent, wo sich Wähler zeigten.

So perfekt wurden in den alten Tagen FDJ-Aufmärsche oder Truppenparaden arrangiert. Von solcher Logistik und Kopfzahl kann die SPD (rund 5500 Mitglieder) zwischen Magdeburg und Halle nur träumen.